

Sabine Nuss

Ich möchte kein Eisbär sein

Warum der UN-Klimagipfel in Kopenhagen die Welt nicht gerettet hat

„Kopenhagen-Fiasko“, „Desaster Kopenhagen“, „Land unter in Kopenhagen“ – das waren die Schlagzeilen nach dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen. Zwei Wochen lang verhandelten in der dänischen Hauptstadt im Dezember letzten Jahres 193 Vertragsstaaten darüber, wie ein neues völkerrechtlich bindendes Klimaschutz-Abkommen aussehen soll. Das alte, das sogenannte Kyoto-Protokoll, läuft 2012 aus. Unter anderem verpflichten sich die Industriestaaten darin, nur noch begrenzt klimaschädliches Treibhausgas in die Luft zu pusten (verglichen mit 1990 etwa fünf Prozent weniger). Das über allem stehende Ziel: Die Erderwärmung darf nicht mehr als zwei Grad über die Temperatur der vorindustriellen Zeit steigen.

Das neue Abkommen, welches die Delegierten in Kopenhagen aushandeln wollten, sollte nicht einfach nur eine Fortschreibung des alten Kyoto-Protokolls sein, sondern es sollte auch weitergehende Maßnahmen und Verpflichtungen enthalten. Die Gründe dafür sind bekannt: Der Klimawandel schreitet schneller voran, als bisher angenommen. Auch die Folgen sind mittlerweile hinreichend apokalyptisch beschrieben: Abschmelzen der Polkappen, Steigen des Meeresspiegels, Dürren, Unwetter, Hungersnöte, Flüchtlingsströme, Kriege, etc.

Der Klimawandel, so heißt es immer, komme als Problem nicht wirklich an bei

den Menschen. Das Thema sei so „abstrakt“, so weit weg vom Alltag. Das mag vielleicht für den Bewohner von Halle, Heidelberg oder Hoffenheim gelten, für die Bewohner der Pazifikinsel Tuvalu ist „das Problem“ zum Greifen nah: Schreitet der Klimawandel voran, wird die Insel in einigen Jahren untergehen. Bereits in der ersten Woche der Konferenz probte Tuvalu einen aufsehenerregenden Aufstand. Der Inselstaat forderte, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur nicht auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, sondern auf 1,5 Grad. Unter Tränen appellierte der Insel-Delegierte im Plenarsaal an die versammelten Delegierten: „Unser Schicksal liegt in Ihren Händen“.

Trotz alledem: Zwei Jahrzehnte internationale Klimaverhandlungen konnten den CO₂-Ausstoß bislang nicht verhindern, nicht mal verlangsamen – im Gegenteil: Der globale Ausstoß an Klimagasen ist seit Verabschiedung des Protokolls im Jahr 1997 nicht etwa zurückgegangen, sondern weiter angewachsen. Und das Tempo dieses Anstiegs nimmt zu. Waren in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre beispielsweise im Durchschnitt jährlich knapp 1,5 Prozent mehr Kohlendioxid-Emissionen zu verzeichnen, so stieg der Ausstoß seit der Jahrtausendwende im jährlichen Mittel um mehr als drei Prozent. Die Emissionsentwicklung bewegt sich damit gegenwärtig

tig auf dem Pfad des „worst case“-Szenarios des UN-Klimarats IPCC.

Es ist kein Wunder, dass die sogenannte Zivilgesellschaft im Vorfeld von und in Kopenhagen alles und vor allem sich selbst in Bewegung gesetzt hat, um die immer wieder als „Leader“ angerufenen Staatschefs zum Handeln zu bewegen. Über 100.000 Menschen wurden auf der Demonstration am Wochenende zwischen den beiden Konferenzwochen auf den Straßen gezählt. Buntscheckig, als Eis- oder Pandabären verkleidet und in blauen Plastikplanen (Wasserflut!) gehüllt, selbst gebastelte Erdkugeln balancierend und überall der Slogan „Act Now!“ – so lief die Demonstration zum Kongressgebäude, dem in diesen Tagen oft zitierten „Bella Center“, am Rande der Stadt. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit und schlimmer noch, von dem Gros der Demonstrationsteilnehmer, konnte die dänische Polizei einen ganzen Block aus dem Zug „rausschneiden“, abtrennen, einkesseln und die zumeist jungen Leute in Reih und Glied mit Kabelbindern gefesselt auf dem eiskalten Asphalt sitzen lassen. Stundenlang warteten die Festgenommenen bis zum Abtransport ins sogenannte Klimafängnis mit den berühmten Käfigen, die Deutschland eigens zu diesem Zweck ausgeliehen hat. Derweil marschierte die Demonstration fröhlich weiter. Die Bilanz des Tages: rund 900 Verhaftete. Vorbeugend, so die dänische Polizei.

Über 45.000 Teilnehmer zählte der Gipfel, nicht nur delegierte Staatsvertreter waren akkreditiert, sondern ebenso Lobbyisten. Nichtregierungsorganisationen wie der BUND waren genauso zugegen wie Unternehmensverbände, die für ihre grünen Produkte werben wollten und sich im Greenwashing überboten, daneben die üblichen Pressevertreter.

Dass die sogenannte Zivilgesellschaft bei den UN-Klimagipfeln traditionell Beobachterstatus hat, wird gerne als Ausweis der demokratischen Verfassung der UN-

Treffen genannt, ebenso der Umstand, dass hier alle Länder mit einer Stimme Gewicht gleichberechtigt vertreten sind. Im Gegensatz zu den G8-Gipfeln, bei denen die Staatschefs ganz unter sich bleiben und niemand irgendeinen Beobachterstatus inne hat.

In den vielen konfliktiven Situationen bei den Verhandlungen in Kopenhagen hat sich diese vermeintlich größere Demokratie allerdings recht schnell entlarvt: Zwar haben die Länder jeweils nur eine Stimme, aber je nach Wirtschaftskraft des Landes kommen sie mit einer entsprechend größeren Anzahl an Delegierten und üben einen ungleich größeren Einfluss auf die Verhandlungen aus. Und die berühmt berüchtigte Zivilgesellschaft ist nur so lange recht herzlich eingeladen, wie sie sich wohl verhält. Das hat diesmal nicht so gut geklappt. Zum einen übten im Konferenzgebäude einige Entwicklungsländer oder vom Klimawandel besonders betroffene Staaten mit Unterstützung von NGOs kleinere Aufstände und störten das gediegene diplomatische Parkett mit Sprechchören. Im Verlauf der Verhandlungen wurde die Teilnahme der NGOs zunehmend restriktiv gestaltet, in den Schlusstagen durften nur noch ein paar Dutzend Vertreter rein. Zum anderen aber wartete draußen – erstmalig in der Geschichte der UN-Klimagipfel – eine Menge protestierender Menschen, die zum Bella Center wollte, um dort mit dem Slogan „Reclaim Power“ eine alternative People’s Assembly on Climate Justice abzuhalten. Von den akkreditierten NGO-Teilnehmern hatten sich mehrere hundert entschlossen, das Konferenzzentrum zu verlassen, um die Protestierenden zu treffen. Die Polizei verstand wenig Spaß: mit Knüppeln wurden die Akkreditierten von der People’s Assembly ferngehalten, die Protestierenden draußen brachte sie in bewährter Manier gefesselt zu Boden, während Pressesprecher des Netzwerks Climate Justice Action, welches zur People’s Assembly auf-

gerufen hatte, verhaftet wurden. Sie kamen gleich mehrere Tage in Untersuchungshaft. This is what democracy looks like.

Ebenso wenig „demokratisch“ verliefen schließlich die letzten zwei Tage des Klimagipfels. Wo die Delegierten, die Unterhändler, die Ministerialbeamten und Mitarbeiter von Umweltministerien nicht mehr weitergekommen waren und die Vertreter von NGOs ausgeschlossen, da sollten jetzt die eingeflogenen Staatschef ran und hinter verschlossenen Türen Nägel mit Köpfen machen. „Politicians talk, leaders act!“ – so die im Greenpeace-Slogan ausgedrückte naive und herrschafts-affirmative Hoffnung, die ganz da oben, die müssten es jetzt richten. Haben sie aber nicht. Das endgültige Papier, der sogenannte „Copenhagen Accord“, beinhaltet weder ein gemeinsames konkretes Ziel der Industrieländer zur CO₂-Reduktion noch einen Modus darüber, wer die ab 2020 versprochenen Finanzhilfen an die Entwicklungsländer in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr bezahlt. Einzig das Ziel, dass die Erderwärmung keine zwei Grad Celsius übersteigen darf, wurde festgehalten. Doch auch dies ist kaum als Erfolg zu werten. Denn erstens ist mittlerweile klar, dass auch eine globale Erwärmung von zwei Grad Celsius für viele – insbesondere arme – Regionen der Welt desaströs wirkt. Zweitens: Wie das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden soll, weiß der Himmel, nicht aber die Kopenhagen Vereinbarung. Konkrete Minderungsziele für den Klimagasausstoß wurden ja nicht vereinbart. Und selbst wenn sie es wüsste, wär's egal: Das Abkommen ist nicht rechtlich bindend. Die Delegiertenversammlung stimmte dem Papier am nächsten Tag nicht zu, es wurde unter teilweise wütendem Protest lediglich „zur Kenntnis“ genommen. Zur Kenntnis wurde damit auch genommen, dass die Staaten wenigstens ihre selbst gesteckten Ziele bis zum 31. Januar 2010 an das Klimasekretariat

melden sollen – freiwillig natürlich. Nur 55 von 192 Ländern haben diesen Termin allerdings eingehalten. Die angemeldeten Verpflichtungen zur Minderung der Emissionen im Vergleich zu 1990, die bis 2020 erreicht werden sollen, waren dabei alles andere als ehrgeizig: Die USA will den Ausstoß um rund 4 Prozent absenken, China will die Zunahme des CO₂-Ausstoßes bremsen, aber nicht reduzieren. Die EU verspricht, 20 Prozent zu reduzieren, auf 30 Prozent wollen die europäischen Staaten nur dann hochgehen, wenn auch die anderen Industriestaaten mitmachen. Insgesamt wird die Reduktions-Forderung der UN-Klimaforscher an die Industriestaaten in Höhe von 25 - 40 Prozent klar verfehlt. Kopenhagen ist grandios gescheitert, man kann es nicht anders sagen und über die Ursache wird seither viel geredet.

Wie so häufig ist mal wieder der Chinese schuld, wahlweise auch die USA, oder aber eben alle auf einmal: Dann ist es der „politische Wille“, der den Staatenlenkern gleichermaßen gefehlt habe oder aber „nationale Egoismen“, die eine Einigung verhindert hätten, mitunter wird auch die Anthropologie bemüht („der Mensch lernt nicht“) und wenn einem gar nichts mehr einfällt, wird die schiere Anzahl der Staaten als Ursache angeführt: einfach zu viele Staaten, das kann ja nichts werden. Doch weder die Natur des Menschen, noch der fehlende politische Wille, noch die Anzahl der Staaten können erklären, wieso sich 193 Staatenvertreter nicht darauf einigen wollen, bei der Produktion ihrer Güter weniger CO₂ auszustößen.

Das angestrebte Kopenhagener Abkommen steckte von vorneherein voller Zündstoff. Soll der Temperaturanstieg der Erde gestoppt werden, müssen die Industrieländer ihre Emissionen drastischer reduzieren und auch die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen diesmal ran – im Kyoto-Protokoll waren sie noch davon ausgenommen. Im Ge-

genzug sollen die reichen Länder den armen Ländern jährliche Milliardenhilfen für Anpassungsmaßnahmen gewähren, damit diese sich auf den Klimawandel einstellen können. Neben den Minderungszielen und den Finanzhilfen war auch die Überwachung von CO₂-Ausstoß und -Minderung ein Streitpunkt: China beispielsweise wollte sich partout nicht in die Karten gucken lassen. Der Frontenverlauf entlang dieser Streitpunkte zwischen den Staaten ist komplex: Die USA und China, die weltweit größten Emittenten, stehen sich gegenüber wie im Zweikampf: Keiner will den ersten Schritt machen, was die Zusage an Minderungszielen betrifft. Auch die EU als drittgrößter Emittent wollte nicht einfach im Alleingang 30 Prozent einsparen – aus vermeintlich strategischen Gründen, weil die anderen schließlich mitziehen sollten. Die Entwicklungsländer wiederum verlangten Finanzzusagen, bevor sie sich auf eine verbindliche Begrenzung ihres Klimagasausstoßes einlassen. Die Industrieländer aber konnten sich nicht einigen, wer wann und wie viel Geld überweisen soll. Und so drehten sich die entsprechend spannungsgeladenen Verhandlungen im Kreis, kamen immer wieder ins Stocken und scheiterten am Ende ganz.

Die Gründe für den in den letzten Jahrzehnten unverminderten CO₂-Anstieg erhellen, worum es bei Klimagipfeln tatsächlich geht: Der CO₂-Ausstoß wächst mit dem Wirtschaftswachstum – zumindest, wenn das Wachstum vorwiegend auf Basis fossiler Energieträger wie Öl, Kohle oder Gas von stattem geht. Unter diesen Umständen ist „CO₂-Ausstoß“ gleichbedeutend mit „Wirtschaftswachstum“, und das steht noch immer für steigende Profite, Wohlstand und hohe Beschäftigung, „CO₂-Minderung“ mit Stagnation oder Krise. Der Klimagipfel ist kein Umweltgipfel, sondern ein knallharter Weltwirtschaftsgipfel. Weil kein Land auf Wirtschaftswachstum verzich-

ten will und es innerhalb der Konkurrenz mit anderen Staaten auch kaum kann und Länder sowie Konzerne (noch) von den billigen Energieträgern Kohle, Gas und Öl profitieren, sind die Fronten so verhärtet. Der sogenannte „Grüne Kapitalismus“, in dem mancher im Gewande des Green New Deal so viel Potenzial sieht, steckt in den Kinderschuhen. Es ist völlig offen, ob ein Grüner Kapitalismus, der ja unverändert ebenfalls endloses Wachstum voraussetzt, überhaupt möglich wäre, bzw. auf welche Kosten. Die Entwicklungspfade hin zu erneuerbaren Energien werden zu allem Überdruß auch noch durch wiederum konkurrierende Machtinteressen mitunter eher blockiert als betreten. Beispielhaft und aktuell ist in Deutschland die Aufkündigung des Atomausstiegs durch die schwarz-gelbe Koalition.

Betrachtet man den Klimagipfel also als das, was er ist, nämlich ein Wirtschaftsgipfel von miteinander in Konkurrenz stehender Nationalstaaten unterschiedlicher Wirtschaftskraft, erscheint einiges in anderem Licht. Zum Beispiel der Vorwurf der Entwicklungs- und Schwellenländer an die Industrieländer, jahrelang auf Kosten globaler Umweltzerstörung Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Reichtum generiert zu haben. Die Industrieländer, so die Argumentation, könnten jetzt schlecht verlangen, dass die ärmeren Länder ihrerseits darauf verzichten, um die Umwelt zu schützen. Dieser Vorwurf kommt zwar höchst moralisch daher, ist es aber gar nicht. Die Entwicklungs- und Schwellenländer wollen im Allgemeinen schlicht das haben, was die Industrieländer seit je schon immer verfolgen: Wachstum – koste es, was es wolle. Auch ihnen ist das kapitalistische Wirtschaftswachstum alternativloses Mittel zum ersehnten Wohlstand – für zumindest einige Teile der Bevölkerung. Genau dies aber ist die Grundlage für die ganz unterschiedlich konfigurierten Interessengegensätze der Verhandlungssta-

ten: Einerseits konkurrieren beispielsweise China und die USA darum, wer das höhere Wirtschaftswachstum auf sich zieht, sei es als Grundlage der Verteidigung einer dominanten Weltmachtstellung oder eines Interesses an binnenorientierter „aufholender Entwicklung“, andererseits sind China und die USA wiederum darauf angewiesen, dass der je andere wirtschaftlich floriert: China verkauft einen Großteil seiner Güter in die USA und braucht das Land als Absatzmarkt, während die USA bei China Kredit nimmt, um weiter in aller Welt einkaufen zu können. Die USA ist daher daran interessiert, dass China flüssig bleibt, das heißt mit Export Einnahmen generiert. Beide Länder sind wechselseitig darauf angewiesen, dass das andere Land immer weiter wächst, dabei wird sich aber gegenseitig argwöhnisch beäugt, dass der andere dabei nicht zu wirtschaftsmächtig wird. Auch wenn statt der vielen Klimaverhandler in Kopenhagen nur einige Wenige zusammen gekommen wären, beispielsweise – wie jetzt häufig vorgeschlagen – die Vertreter der G20, die den Hauptausstoß von CO₂ im globalen Maßstab auf sich vereinen, hätte das die herrschenden Interessensgegensätze nicht einfach in Harmonie aufgelöst. Und tatsächlich war es ja in Kopenhagen so, dass in den letzten Verhandlungstagen ein kleiner Exklusivklub der Weltmächte und Großemittenten zusammensaß und genauso wenig zu einer Lösung kam, wie die 193 Vertragsstaaten der Kopenhagen-Konferenz.

Im Nachgang der gescheiterten Klimakonferenz in Dänemark werden jetzt überall Strategiediskussionen geführt, wie es angesichts der kommenden Klimagipfel – im Juni in Bonn und im Dezember in Mexiko – weitergehen soll mit Protest und öffentlichem Druck. Die im Entstehen begriffene linke Klimabewegung diskutiert, ob es nicht sinnvoller wäre, sich auf lokale Auseinandersetzungen zu konzentrieren, wie etwa das Verhindern von Kohlekraftwerken, die Demokratisierung der Energieversorgung oder den Kampf für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Die NGO-Landschaft ist gespalten. Während Oxfam oder WWF trotz aller Ergebnislosigkeit am internationalen UN-Prozess festhalten und an „die Führer der Welt“ appellieren wollen, orientieren andere ihre Lobbyaktivitäten verstärkt auf nationale Politik: Bundesverkehrswegeplan und Energieeffizienzgesetz statt Gipfelhopping. Das sei die Lehre aus Kopenhagen und 15 Jahren UN-Klimaverhandlungen.

Eine internationale Klimabewegung, will sie im Anschluss an Kopenhagen an Kraft gewinnen, muss jedoch die herrschende profitorientierte Produktions- und Konsumtionsweise ins Zentrum ihrer Kritik rücken. Ganz ebenso muss sie die politischen Formen, in denen diese Logik verwaltet wird, in Frage stellen. Solange die Zivilgesellschaft an den guten Willen ihrer dieser Logik folgenden „Leader“ appelliert, wird sie früher oder später untergehen. Zumindest die Eisbären unter ihnen.